

## Positionen zur Stärkung der Friedensbildung in der schulischen und außerschulischen Bildung

Friedensbildung soll dazu beitragen, auf gesellschaftlicher und individueller Ebene Friedensprozesse zu ermöglichen und zu unterstützen.

Sie ist Teil einer umfassenden politischen Bildung und damit eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Friedensbildung fördert im Sinne einer Friedenslogik die Entwicklung von Kompetenzen zu einem am Wert der Gewaltfreiheit orientierten, konstruktiven und zivilen Umgang in innergesellschaftlichen und internationalen Konflikten. Friedensbildung regt zur sorgfältigen Analyse von Konfliktursachen sowie zur kritischen Auseinandersetzung mit allen Formen der Gewalt, insbesondere auch militärischen Einsätzen in Konflikten und Krisen an. Gesellschaftliches Ziel der Friedensbildung ist die dauerhaft und langfristig angelegte Arbeit am Aufbau einer „Kultur des Friedens“ für eine neue Qualität menschlichen Zusammenlebens. Insofern zielt Friedensbildung darauf, Kompetenzen für eine gewaltfreie Konfliktbearbeitung auf der individuellen Ebene zu vermitteln. Das bedeutet die Auseinandersetzung mit Fragen des Zusammenlebens, wie zum Beispiel der Umgang mit unterschiedlichen Wertvorstellungen. Grundlegende Haltungen, die Friedensbildung prägen (sollen), sind, alle Menschen zu respektieren und Konflikte als Chancen für eine positive Veränderung wahrzunehmen.

Damit die Friedensbildung ihren Auftrag und ihre Funktion erfüllen kann, muss sie ausgebaut, abgesichert sowie **strukturell und politisch verankert** werden. Hierzu fordern wir folgende Maßnahmen:

- **Personelle und finanziellen Ressourcen**

Die schulische und außerschulische Friedensbildung wird bisher vielfach auf Projektbasis geleistet und ist abhängig von Förderkonjunkturen. Zur strukturellen Verankerung von Friedensbildung und zur konkreten Umsetzung in Bildungsprozessen gehören **institutionelle Unterstützungsstrukturen**. Dies können Koordinations- und Servicestellen auf Landes-, regionaler und kommunaler Ebene leisten, die Qualifizierungs-, Beratungs-, Vernetzungs-, Veranstaltungs- und Materialangebote entwickeln.

Das ist zum Beispiel zu schaffen durch

- **Servicestellen** Friedensbildung bei den Landeszentrale für politische Bildung (Beispiel Baden-Württemberg),
- den Ausbau von Lehre, Beratung und Weiterbildung an Hochschulen (Beispiel Rheinland-Pfalz), die Schaffung von Stellen an Landesinstituten für die **Lehrer\*innenfortbildung und -beratung** (Beispiel Saarland) bzw. für die landesweite **Koordinierung der Friedensbildung** (Beispiel Niedersachsen), oder
- die **finanzielle Förderung von Friedensbildung** örtlicher, regionaler, landes- oder bundesweit tätiger NGOs, Vereine und Jugendverbände durch Kommunen, Länder und Bund.

- **Curriculare Verankerung**

Friedensbildung muss systematischer und verlässlicher in den **Angeboten von Trägern der Jugendarbeit und Jugendbildung** sowie in den **Bildungs-, Lehr- und Rahmenlehrplänen der Schulen** verankert werden.

Dasselbe gilt für **Angebote und Curricula der Aus-, Fort- und Weiterbildung des pädagogischen Personals**, z.B. an Hoch- und Fachschulen, Studienseminaren, Landesinstituten und anderen öffentlichen und freien Weiterbildungsträgern.

Schulische Friedensbildung hat ihren Ort zumeist in den sozialwissenschaftlichen Fächern, Politik, Ethik, Religion oder auch im Rahmen der Projektarbeit. Sie muss aber auch als **fächerverbindende und fächerübergreifende Aufgabe** implementiert werden. **Friedensbildung ist nicht in Konkurrenz zu anderen gesellschaftspolitisch relevanten Bildungszielen** zu sehen – wie etwa Demokratiebildung, Bildung für nachhaltige Entwicklung, die Umsetzung und Vermittlung der Weltnachhaltigkeitsziele (SDGs) oder die rassismuskritische Bildungsarbeit. Vielmehr müssen diese verschiedenen Bildungsaufgaben und ihre „Verwandtschaften“ sinnvoll aufeinander bezogen und miteinander verbunden werden, ohne dass die Friedensbildung ihre eigenen Spezifika und ihr Profil einbüßt.

- **Institutioneller Rahmen**

Die Friedensbildung ist nicht nur als „Bildungsinhalt“, sondern auch als **Philosophie bzw. Kultur der Bildungseinrichtungen selbst** zu verstehen, zu der alle Fächer sowie die Bildungseinrichtungen selbst ihren Beitrag leisten („**whole institution approach**“). Friedensbildung lässt sich nur erfolgreich vermitteln, wenn die Träger, die Bildungseinrichtungen, das Personal und die Rahmenbedingungen ein friedliches und auf Respekt und gemeinsame Werte gegründetes Lernen und Leben ermöglichen.

- **Medien**

Von besonderer Bedeutung sind die Förderung und Entwicklung von **Bildungsmaterialien** sowie die Aufnahme von Themen und Perspektiven der Friedensbildung in Unterrichtsmaterialien und **Schulbüchern**.

- **Verankerung an Hochschulen**

Um die Friedensbildung wie auch die notwendige Qualifizierung und Professionalisierung zu verstetigen und wissenschaftsorientiert zu gestalten, müssen entsprechende **Professuren und Institute an Hochschulen** eingerichtet und deutlich ausgebaut sowie Forschungsprogramme zur Friedensbildung entwickelt werden.

Juni 2021

*Das Bundesweite Netzwerk Friedensbildung ist ein wachsendes Netzwerk aus zivilgesellschaftlichen Bildungsakteuren, insbesondere regionalen Netzwerken der Friedensbildung und bundesweiten Organisationen, die in diesem Bereich tätig sind. Gemeinsam möchte das Netzwerk die Friedensbildung im schulischen und außerschulischen Bereich stärken und bündeln. Mehr Informationen unter [www.netzwerk-friedensbildung.de](http://www.netzwerk-friedensbildung.de)*

*Ansprechpartner sind Bernd Rieche (AGDF) und Kai-Uwe Dosch (DFG-VK), zu erreichen unter [info@netzwerk-friedensbildung.de](mailto:info@netzwerk-friedensbildung.de)*